

Stadtrat spricht sich einen Baustopp für die L821n aus: Zuerst die Hochwasserprobleme lösen



Östlich des Pumpwerks an der Realschule Oberaden soll die L821n den Kuhbach queren.

Mit Mehrheit stimmte der Stadtrat am Donnerstagabend für den von der SPD-Fraktion formulierten Appell, mit den Rodungsarbeiten und dem Bau für die L821n so lange zu warten, bis die Wasserprobleme im Bereich Kuhbach und Jahnstraße gelöst sind.

Dort kam es 2014 nach einem Starkregen zu Überschwemmungen. Deshalb hatte der Kreis Unna 2016 diesen Bereich zum Hochwasserschutzgebiet erklärt. In dem älteren Planfeststellungsbeschluss für die L821n aus dem Jahr 2008 ist dieser Umstand nicht berücksichtigt.

Nach den Erklärungen von Straßen.NRW soll dieses Problem im Rahmen der Feinplanungen für den 2. Bauabschnitt gelöst werden, der 2020 gestartet werden soll und diesen Bereich unter anderem mit einer Straßenbrücke über den Kuhbach umfasst. Das reicht der SPD allerdings nicht. Sie will verhindern, dass möglicherweise der 2. Abschnitt wegen der

Wasserproblematik gar nicht gebaut werde und der erste Bauabschnitt dann eine Bauruine werde. Auch die geplante Rodung von Bäumen wäre umsonst.

Allerdings stimmte die SPD nicht geschlossen für ihren Antrag. Weddinghofens Ortsvorsteher Dirk Haverkamp stimmte mit CDU und FDP dagegen, die Stadtverordnete Simone Leuthold-Haverkamp enthielt sich der Stimme.

Ebenfalls Enthaltungen gab es bei BergAUF. Eigentlich sei BergAUF für diesen Antrag, erklärte Claudia Thylmann, die für Werner Engelhardt in den Stadtrat gerückt ist. Sie enthalte sich aber, weil sie grundsätzlich gegen diese Straße sei.

CDU-Fraktionschef versuchte noch zu Beginn der Ratssitzung, den SPD-Antrag von der Tagesordnung zu nehmen. Der Grund: Die SPD habe bereits vorher den Appell an die zuständigen Stellen geschickt. Er scheiterte allerdings mit diesem Geschäftsordnungsantrag.

Von der CDU meldete sich dann noch Gerd Miller zu Wort. Er warf den Grünen Stimmungsmache vor. Das Verhältnis der beiden Bürgerinitiative habe sich derart verschärft, dass er gewalttätige Auseinandersetzungen befürchte. Gegen den Vorwurf der Stimmungsmache verwahrte sich Thomas Grziwotz (Bündnis 90/Die Grünen) entschieden.